

IMI-STUDIE

Nr. 02/2021 - 15.2.2021 ISSN: 1611-213X



von Andreas Seifert

Grundlage und Ausgangspunkt dieses Beitrags ist ein für den IMI-Kongress 2020 verfasster Vortrag, der sich um die Rolle und das geopolitische Auftreten der Volksrepublik China unter den Vorzeichen der sich ausbreitenden Pandemie beschäftigte. In der hier vorliegenden Fassung werden einzelne Aspekte weiter ausgearbeitet und grundlegende Gedanken zur Rolle der Volksrepublik China konkretisiert.

Auf den Niedergang des Westens als bestimmende Macht im weltweiten Kontext wurde auf IMI-Kongressen bereits seit ein paar Jahren regelmäßig eingegangen. Dabei wurde auch konstatiert, dass dieses System sich immer wieder aufs Neue erstaunlich flexibel gezeigt hat, um dennoch die bestimmende Größe zu bleiben. Dabei wurde oft von Regelsetzungen und -verstößen berichtet, die mit der Adaptation auf die neue Situation einhergingen. Auf die Transformation der NATO seit der Beendigung der Ost-West-Konfrontation 1990 sei in diesem Zusammenhang

nur (noch einmal) verwiesen. Dass hierbei geopolitische Muster in der Ausgestaltung von Politik eine immer größere Rolle spielen, wurde konstatiert.

In der Wahrnehmung Vieler hat es "der Westen" dabei bisher immer wieder geschafft, seine privilegierte Position – die Grundlage des Wohlstandes in Europa und den USA – von einer Phase in die nächste zu retten. Dass dabei das Wort "fair" weit gedehnt wurde, um einen Zustand zu rechtfertigen, dessen "Ungerechtigkeit" eigentlich augenfällig sein könnte, ist dabei mehr als nur eine sprachliche Figur.

Genau diese "Fairness" wird jedoch bemüht, wenn es darum geht, die VR China zu beurteilen: Sie subventioniere ihre Wirtschaft über alle Maßen und sei zudem protektionistisch gegenüber allen anderen, die in China nur ihr gerechtes Geschäft betreiben wollen. Sie ignoriere die fundierten Ansprüche westlicher Lizenzinhaber und das geistige Eigentum generell. Und überhaupt verdrecke sie unsere Welt mit ihren Kohlekraftwerken, ihrem unge-

2 IMI-Studie 02/2021

hemmten Konsum und ihrem ungehemmten Wachstum. Stimmen aus diesem politischen Spektrum sind es dann auch, die eine vollständige Eindämmung chinesischer Einflüsse weltweit fordern – wenn es nicht anders geht, auch militärisch? Auf alle Fälle: Keine Chinesen bei <u>UNS</u> (im europäischen Hinterhof Afrika, im US-amerikanischen Hinterhof Südamerika). In solchen Einflusszonen zu denken führt letztlich dazu, auch das Instrumentarium der Politikgestaltung dem anzupassen – Militärisches inbegriffen. Wenn also eine deutsche Verteidigungsministerin öffentlich darüber nachdenkt, zukünftig auch Schiffe durch den "Indo-Pazifik" fahren zu lassen, ist dies nicht als touristische Kreuzfahrt gemeint.

Der Aufstieg Chinas und der Umgang mit der aktuellen Pandemie läuten dabei scheinbar eine neue Phase ein, in der sich vorhandene Tendenzen beschleunigen und neue Facetten zutage treten. Die abgelegte Ost-West-Konfrontation erscheint nun in einer neuen Bipolarität, bei der China gegen den Rest der Welt antritt und damit auch neue Rechtfertigungen für ungehemmte Aufrüstung gebiert. Dass dabei die Phrase "China gegen den Rest der Welt" bereits eine Positionierung darstellt, ist kein Zufall: Konkreter sollte es eigentlich heißen "China gegen den "Westen', was macht der Rest der Welt?" Tatsächlich geht es in der Analyse schon ein gutes Stück darum, ob man den Aufstieg Chinas als Bedrohung der eigenen ökonomischen Position begreift, oder (einfach nur) als Bedrohung eines zusehends dysfunktionalen kapitalistischen Wirtschaftssystems.

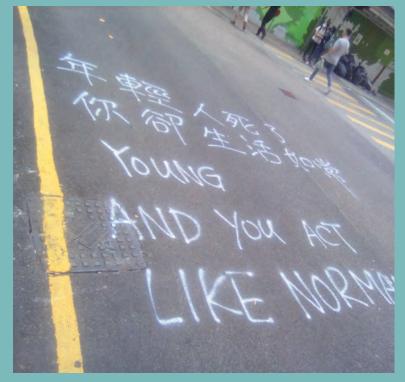
Nadine Godehardt von der Stiftung Wissenschaft & Politik spricht in diesem Zusammenhang von einem "Interregnum", in dem sich die Weltordnung im Augenblick befinde: "Dieses ist davon geprägt, dass die Strukturen der liberalen Ordnung zwar noch existieren, aber nicht mehr für ausreichend Stabilität und Sicherheit sorgen können.

Die etablierte Ordnung hat Nischen entstehen lassen, in denen Institutionen, Normen und Mechanismen nicht mehr wie gewohnt funktionieren. Der chinesischen Regierung bietet sich so immer wieder die Möglichkeit, eigene Ideen, Vorschläge und Visionen in einzelne Kontexte der internationalen Politik einzubringen und Bestandteile der bisherigen Ordnung im erwünschten Sinne umzuformen."² Sie konstatiert dabei eine gewisse "Hilflosigkeit", die auch zum Rückgriff auf Vorstellungen der Geopolitik führt³ und eine nach wie vor unzureichende Kenntnis der Motive und Mechanismen chinesischer Außenpolitik.

Ein Blick in die aktuelle Literatur zu China in deutschen Buchläden würde zeigen, dass es immer noch nicht wirklich einfach ist, über China zu schreiben. Die politische Konjunktur, die China in Europa und Deutschland hat, bestimmt oft die Farben, in denen man das Land ausmalt. Dementsprechend gibt es immer wieder Autoren, die quer zum Trend ein überzogen positives oder überzogen negatives Bild zeichnen. Der Bremer Ökonom Wolfram Elsner beginnt deshalb sein Buch auch mit der Feststellung, dass man aus einem Buch über China meist mehr über den Autor und sein Land erfährt, als tatsächlich über China4 und auch bei seinem Werk ist dies (leider) nicht anders: Viele, mitunter auch falsche, Details ergeben kein realistisches Bild des Landes in Ostasien. Manchmal heißt es aber auch im Titel vollmundig "China" und dahinter ist dann eine dezidierte Abrechnung mit den USA und dem Kapitalismus zu finden, während China nur als Abziehbild oberflächlicher Fakten daherkommt.5 Dabei gibt es scheinbar immer viel zu erklären. China wird uns als fremd präsentiert, als exotisch, als potentiell bedrohlich und das ist partiell auch ein Problem des Diskurses insgesamt.

Tatsächlich ist es nicht einfach, dies hinter sich zu lassen, und auch Sinologen, die es besser wissen sollten, schließen sich mitunter einem antizipierten Trend an.⁶ Der





Plakat Fortress Hill und nicht fertig gespraytes Graffiti in Central "Young people die and you act like normal"

augenblickliche Trend geht dahin, dass öffentliche Medien scheinbar "immer negativ" über China berichten und umgekehrt "unabhängige Quellen" ein gegenteiliges "reales Bild" zeichnen. Politik, Wirtschaft und auch die Linke in Deutschland wünschen sich teilweise sogar ein positives Bild von China, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die einen wollen mit keinem Regime verbunden sein, das sie selbst der Doppelmoral entlarvt; die anderen möchten sich gut laufende Geschäfte nicht verderben oder hätten auch gern einen positiven Bezugspunkt. Dies ist die Gemengelage, die die Literatur widerspiegelt. Das Bild Chinas changiert zwischen der "roten Gefahr" und der verheißungsvollen Gesellschaft, die alles richtig macht.

Geopolitik ist allerdings kein Spiel, zu dem man ohne Grund aufgefordert wird, und das chinesische Verhalten lässt sich in diese Richtung interpretieren. Auch die Volksrepublik China tendiert angesichts der internationalen Konkurrenz dazu, in "Einflusszonen" und "Verbündeten" zu denken und verstärkte seit Ausbruch der Pandemie genau diese Bemühungen.

Dazu gehe ich im Folgenden auf ein paar Punkte ein, die nicht zwangsläufig aufeinander aufbauen, aber doch zusammenhängen.

Stabile Führerschaft des Westens?

1) Mit Donald Trump haben wir einen US-Präsidenten erlebt, dessen Rhetorik den bereits vorher zunehmend protektionistischen Politikstil der Vereinigten Staaten abschreckend nach außen getragen hat. Mit ihm hat die "westliche Führungsmacht" das hässliche Gesicht bekommen, das neoliberale Politik verdient, mit allen Folgen für die Legitimität einer solchen Weltordnung.

Die Stichwörter dazu sind "America First" und der "Deal". Den eigenen Vorteil fest im Blick wurde mit dem Kantholz Politik betrieben, wurden internationale Institutionen demontiert und andere Staaten und Ansprüche diffamiert. Mit dieser Politik wurde auch Druck ausgeübt, sich für oder gegen einen als Rivalen empfundenen anderen Staat zu stellen - in diesem Fall gehörte neben dem Iran, Russland und anderen auch China dazu. Alles, was Konzerninteressen im Wege stand, musste beseitigt werden: Klimapolitik, Umweltschutz, Arbeitsschutz, Sozialsysteme...

Dabei war es auch gerade die unter Trump betriebene Militär- und Außenpolitik, die konsequent das egomanische Muster seiner Präsidentschaft verfolgte. Es war der "Deal" den Trump erzielen wollte, der als lukratives Geschäft positiv in die Bilanz heimischer Konzerne einfließen sollte. Waffenhandel mit autokratischen Regimen stellten demnach kein Problem dar, wenn US-amerikanische Wirtschaftsinteressen nicht negativ betroffen waren. So erscheinen die medial wirksam ins Spiel gebrachten Truppenabzüge aus Krisengebieten vor allem als Ergebnis des Bestrebens, das Bedürfnis seiner Wahlklientel zu bedienen – darüber hinaus allerdings waren sie Bestandteil einer Strategie, andere "Partner" unter Druck zu setzen.

Wie beispielsweise im Fall der in Deutschland stationierten Truppen, wurden sie als Verhandlungsmasse und Druckmittel eingesetzt. Das reduzierte taktische, militärische Überlegungen solcher Einsätze oder Stationierungen zu Randphänomenen, die vernachlässigbar waren.

Donald Trump hatte bereits vor seiner Wahl zum Präsidenten einen harten Ton gegen die VR China angeschlagen, der dann in seiner Administration auch durchgehalten wurde. Die Volksrepublik wurde mit Strafzöllen überzogen, es wurden sektorale Restriktionen an den Start gebracht, chinesische Tech-Firmen vom US-amerikanischen Markt ausgeschlossen, Unternehmer drangsaliert und chinesische Studierende in den USA pauschal der Spionage bezichtigt, amerikanische Unternehmen mit chinesischen Geschäftspartnern gedrängt, sich anders zu orientieren, etc. Der große Vorwurf lautete durchgängig, dass die Volksrepublik den Wettbewerb durch unfaire Handelsbedingungen, Währungsmanipulation und Technologiediebstahl verzerre. Das militärische Auftreten der VR China innerhalb Asiens selbst (Stichworte: Südchinesisches Meer, Grenzkonflikte mit Indien), aber auch bis in den Nahen Osten (Pakistan/Iran) und nach Afrika hinein, würde tendenziell zur Destabilisierung beitragen.

2) Mit einem Präsidenten Biden wird sich voraussichtlich der Ton ändern, aber vielleicht nichts Wesentliches in der Sache, insbesondere, wenn es um Fragen des weiteren Aufstiegs Chinas und der anstehenden klimapolitischen Ausrichtung der Weltwirtschaft geht. Ohnehin ist der Trumpsche Kurs der USA gegenüber China nicht neu, einzig seine Rhetorik ist es. Schon die Administrationen vor Trump haben die wirtschaftliche Stärke der Volksrepublik als einen Faktor identifiziert, der zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung der USA beeinflusst. Auch die militärische Aufrüstung der VR China wurde in Washington kritisch beobachtet. Obamas "Pivot to Asia" war unmittelbarer Ausdruck dieser Antizipation Chinas als Konkurrent im Sicherheitsbereich.

Bidens Slogan, "Buy American" ist der deutliche Hinweis für eine Kontinuität in der Politik generell wie auch gegenüber China - eine Art Protektionismus light. Und auch nun steht zu erwarten, dass die Rüstungsindustrie weiter gefördert und die Position der USA als Waffenexporteur ausgebaut wird. Bei der Nennung der unmittelbaren Ziele der neuen Administration im Vorfeld der Vereidigung standen bei Biden noch Corona und die Schaffung neuer Arbeitsplätze weit vorne – wie man es erwartet hatte - doch wichtiger erscheint, dass eine konsequente Klimapolitik dem nachgeordnet war. Ein Joe Biden wird vielleicht nicht zur alten militärischen Rolle der USA in ihrer Gänze zurückkehren, aber es ist absehbar, dass die NATO wieder an Gewicht gewinnt und militärisches Vorgehen eine andere Bedeutung erhält. Der politikerfahrene Biden wird eher zu einer strukturierten Außen- und ggf. Geopolitik fähig sein. Der Kern der Politik gegenüber China wird auch unter seiner Präsidentschaft der gleiche sein: China bleibt ein strategischer Rivale – technologisch, wirtschaftlich und militärisch.

Problemfall China?

3) Unter Xi Jinping ist es der Volksrepublik China gelungen, sich zum Bewahrer einer positiv besetzten Globalisierung zu stilisieren, die gegenseitige Vorteile durch freien, fairen und regelbasierten Handel verspricht, obwohl das wirtschaftspolitische Handeln der VR das genaue Gegenteil hiervon ist.

Der zunehmend schärfere Ton zwischen China und den USA verunsicherte große Handelspartner wie einzelne EU-Mitgliedsländer und die EU selbst. Die ungehaltene Rhetorik aus Washington stand dabei im krassen Gegensatz zu den mit Bedacht gewählten Worten aus Beijing, die beschwichtigend und rational klangen. Dabei sahen auch hier gerade die großen Industriestaaten Kerneuropas die auf bilateraler Ebene laufenden Gespräche osteuropäischer Staaten mit der Volksrepublik als einen Angriff auf die Integrität Europas, bzw. als ein Aufweichen einer einheitlichen europäischen Position.7 Allen voran Frankreich und Deutschland mahnten die anderen EU-Mitgliedsländer, nicht ohne Absprache in die Diskussionen mit China einzusteigen. Dass dies oft ohne Erfolg geschah, hat auch viel mit dem innereuropäischen Machtgefüge zu tun und mit der schulmeisterlichen Art, wie Kerneuropa die anderen versucht zu leiten. Europa in seinen Institutionen war bisher zurückhaltend, China für irgendetwas wirklich zu kritisieren. Die geäußerte Kritik erschien oftmals als nicht viel mehr als ein Wattebällchen, das halbherzig geworfen und von Beijing weitgehend hingenommen wurde: So geäußerte Kritik an der Situation der Menschenrechte in China perlt ab, wenn klar ist, dass sie keine Priorität darstellt.

Die unmittelbare verbale Eskalation zwischen den USA und China hinterließ auch in Asien ihre Spuren. Japan,

Vietnam und Korea sind mit der chinesischen Wirtschaft auf vielfältige Weise verknüpft und auch auf Taiwan traf der Ton aus Washington bei allem Verständnis in der Sache nicht nur auf Zustimmung. Australien, in Teilen auf den Zustrom chinesischen Geldes angewiesen, stimmte in Washingtons Vorwürfe ein und sah sich schnell von Investoren aus der VR China geschnitten und vom chinesischen Außenministerium mit harten Kommentaren abgestraft. Dabei war Washington vergleichsweise kleinlaut, die australische Argumentation zu stützen.

Schon 2017 hat Xi Jinping bei seinem Auftritt beim Weltwirtschaftsforum in Davos Chinas neue Offenheit verkündet und die Bereitschaft, mit allen an einem Strang zu ziehen, um den Welthandel nicht mit Protektionismus zu behindern.8 Bestes Beispiel dafür ist die chinesische Seidenstraßen-Initiative, die sich – anfangs (2013) wenig beachtet vom Westen – zu einem gigantischen Projekt gemausert hat, das keineswegs auf eine Bahnlinie zwischen dem chinesischen Kernland und Europa zu reduzieren ist. Seidenstraßen-Teilprojekte finden sich auch an den afrikanischen Küsten wieder und haben entsprechend großen Nachhall. Die Nebenlinien, zu denen beispielsweise auch Projekte durch den Iran hindurch gehören, verknüpfen Wirtschaftsräume, die mit der vornehmlich maritimen Globalisierung nicht erschlossen werden. China, als Hauptförderer und Investor, der (zuvorderst bisher seinen) Unternehmern neue Möglichkeiten des Handels und der Produktion einräumt, hat hier eine besonders gute Position. Die bisher mangelnde Transparenz vieler Projekte ist dabei sowohl ein Problem als auch eine Chance, die Gestalt der neuen Seidenstraße mitzugestalten – etwas, was wirtschaftliche Akteure entlang der Strecken zunehmend als einen Vorteil wahrnehmen.







Ein anderes gutes Beispiel ist das Mitte November 2020 besiegelte Freihandelsabkommen RCEP mit der ASEAN, Japan, Süd-Korea, Neuseeland und Australien. Damit ist ein gigantischer Wirtschaftsraum ohne Zollschranken entstanden. Fast ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung sind in dieser Freihandelszone vereint – ganz zu schweigen von dem "Markt", den die Bevölkerung des Gebiets darstellt. Es ist dabei mehr als eine Fußnote, dass dieses Abkommen nur erzielt werden konnte, weil der USamerikanische Präsident Trump, den Entwurf seines Vorgängers für ein solches Abkommen mit den Pazifikanrainern für schlecht erachtete und die Verhandlungen stoppen ließ. Die VR China benötigt solche Abkommen, in denen es die Regeln mitgestalten kann, um damit das eigene Ziel realisieren zu können, bis 20359 größte Wirtschaftsmacht der Welt zu werden. Einige Kommentatoren, so z.B. von der Deutschen Welle oder der SWP10, sehen in dem Engagement für diese Form multilateraler Abkommen Anzeichen eines "Einlenkens" der Führung in Beijing, den eigenen Markt wirklich zu öffnen und protektionistische Schranken abzubauen (kurz: sich dem regelbasierten Handel westlicher Prägung zu unterwerfen). Dies war nach den Versprechungen von 2015 ausgeblieben.

Die Regierung in Beijing benötigt solche Abkommen aber auch, um der wirtschaftlichen Expansion, den Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmer, einen Rahmen zu geben und dem Eindruck entgegenzuarbeiten, eine "aggressive" Wirtschaftsmacht zu sein. Chinesische Unternehmer waren schon unter der Regierung Hu Jintao, also vor 2012, aufgefordert, im Rahmen einer Going-Out-Strategie neue Märkte jenseits der Landesgrenzen zu erschließen und internationale Kooperationen einzugehen. Hier wurde von anderen durchaus eine "Schwemme" chinesischer Investitionen ausgemacht, die aber erst unter

Xi Jinping an Struktur und Zielrichtung gewannen. Über diesen Weg erwirbt China systematisch Marktzugänge und technologisches Wissen. Going-Out war bis 2012 ein Schlagwort, mit dem chinesische Unternehmen (zum Teil mit Schwerpunkt in der Extraktionswirtschaft) vornehmlich in Afrika und Asien versuchten, alternative Rohstoffquellen aufzutun, um den Ressourcenhunger Chinas zu stillen oder aber auch durch Handelsunternehmungen einen größeren Teil der Wertschöpfungsketten ihrer Produkte abzudecken. Ein anderer Bereich waren Infrastrukturprojekte wie Straßen, Eisenbahnen und Staudämme, die chinesische Unternehmer in anderen Ländern – vor allem, aber nicht nur, in der so genannten Dritten Welt – umsetzten. Dies änderte sich nach 2012 und der Schwerpunkt lag stärker auf dem Erwerb auch kleinerer technologisch interessanter Unternehmen in Europa und den USA. Wiederkehrende Wirtschaftskrisen in Europa und den USA schufen den Boden dafür, dass China mit seiner Strategie durchaus Erfolg hatte. Das Vorgehen wurde aber ca. seit 2010 zunehmend als Bedrohung in diesen Ländern empfunden und nicht selten im Kontext einer Debatte um den "nationalen Ausverkauf" durch Gesetze oder Verfügungen unterbunden. Die Regierung in Beijing hat daraufhin zumindest allzu sichtbare Akquirierungen untersagt.

4) China hat viel geleistet und viel zu bieten. In den letzten zehn Jahren lag der Schwerpunkt des chinesischen Entwicklungsmodells auf der Schaffung einer zukunftsfähigen Basis, die das bis dahin gültige, vornehmlich auf Export basierende Entwicklungsmodell kritisch reflektierte und (un-)konkrete Schlüsse zog.

Aus einem als Korruptionsbekämpfung getarnten Generationswechsel der KP-Elite hat sich in Teilen ein neues "Miteinander" in der Partei ergeben, in denen die Führung befreiter aufspielen kann, als dies unter den technokra-







Plakate Fortress Hill

6 IMI-Studie 02/2021

tischen Führern Wen Jiabao und Hu Jintao der Fall war. Die Partei zieht derzeit an dem von Xi Jinping vorgegebenen Kurs bis in ihre kleinsten Gruppen mit.¹¹ Mithilfe räumlicher Neuordnung und umfangreicher Infrastruktur hat China weite Teile des eigenen Landes planmäßig erschlossen und Entwicklung auch in entlegeneren Gebieten ermöglicht. Durch eine konsequente Politik der Urbanisierung, die nicht unumstritten ist, hat der Staat auch Gegenden entvölkert und damit kleine Naturreserven geschaffen, die an anderen Stellen aufgegeben wurden. Armut, vor allem im ländlichen Raum, gilt nun als überwunden.12 China versucht, eine an die Klimaerwärmung angepasste Wirtschaftsentwicklung zu leisten, tendiert aber auch dazu, schmutzige Industrien, die einstmals von westlichen Staaten dorthin verlagert wurden, ihrerseits in bisher weniger belastete eigene Regionen oder gleich in andere Länder umzusiedeln – Vietnam und Myanmar waren und sind hier beispielsweise Zielgebiete. Das Schnellbahnsystem der Volksrepublik ist inzwischen mit Abstand das größte der Welt. Dennoch scheint die Hauptlast des innerchinesischen Warentransports auf der Straße zu liegen, was ein Licht auf die Entwicklung dieses Netzes wirft, die noch um einiges eindrucksvoller als die des Bahnnetzes ist: Autobahnen durchziehen nun in hoher Dichte das ganze Land bis in die entlegensten Winkel und selbst Bergpässe über 5000 Meter sind ausgebaut, wie nur wenige Landstraßen in Europa.

Statt in dreckige Industrien oder Massenproduktion wird inzwischen in Schlüsselindustrien und -technologien investiert. Nachdem die Volksrepublik durch Auflagen vom US-amerikanischen Chipmarkt ausgeschlossen worden ist, steht zu erwarten, dass auch im Bereich der Chipproduktion staatliche Gelder fließen, diese in China nachzubilden. Chinesische Internetfirmen können aufgrund (bisher¹³) la-

xer Datenschutzregelungen auf *Big Data* zurückgreifen, um Anwendungen für den Bereich der künstlichen Intelligenz zu entwickeln, die weltweit ihresgleichen suchen. Bei bestimmten Umwelttechnologien (Fotovoltaik, Windenergie) ist China führend und kann das Potential seines dünn besiedelten Nordwestens ausspielen. Solche Produkte sind nicht nur für den eigenen Bedarf entwickelt, sondern auch für den Export gedacht.

Der Wohlstand ist in Form einer neuen Mittelklasse längst bei der städtischen Han-chinesischen Mehrheit angekommen und der Konsumhunger dieser Mittelklasse lässt in Exportländern wie Deutschland die Kritik durch die Politik verstummen: Dabei sein ist alles. Der Wohlstand und auch die Verfügbarkeit der Güter in China sind eine Herausforderung, denn das System zieht seine Legitimität aus dieser Entwicklung: Verringert sich die Verfügbarkeit, gerät auch die Herrschaft der Partei in Frage.

Das Generalstabsmäßige an dieser Entwicklung mag erschrecken, aber man kann sich hier tatsächlich etwas abschauen.

5) Die VR China ist ein autokratisches System, das konsequent das Wohlergehen des Han-chinesischen Mehrheitsvolkes im Blick hat und den Machterhalt der KPCh als Grundbedingung jeder weiteren Entwicklung begreift. Dissens wird innerhalb Chinas gnadenlos verfolgt und, so er von außen kommt, beflissentlich überhört oder abgestraft. China kann hier kein Vorbild sein!

In der Literatur wird noch gestritten, ob das chinesische System noch sozialistischen oder kapitalistischen Grundprinzipien verpflichtet ist und auch, ob diese Differenzierung überhaupt einen wesentlichen Unterschied zu markieren in der Lage ist. Der Sozialismus "chinesischer Prägung", wie er aus den theoretischen Reflektionen von Mao Zedong und Deng Xiaoping in Abgrenzung zum Mo-





Plakate Fortress Hill

dell der Sowjetunion resultierte, erfährt unter Xi Jinping in bestimmten Punkten ein Revival. Viele "kapitalistische Auswüchse" der Reformära werden wieder unter einem staatlichen Schirm eingefangen, die Zügel wieder enger angezogen. Die ideologische Kontrolle wird verstärkt und schafft es sogar junge Menschen zu motivieren, sich für ihr Land zu engagieren. Die in den 1990er und 2000er Jahren dominierende Grundhaltung "jeder für sich" weicht seit ca. 2014 einem "fürs Vaterland". Dass diese Form von Nationalismus auch Gefahren wie Rassismus und Überheblichkeit birgt und vor allem eine Polarisierung der Gesellschaft vorantreibt, entweder auf der Seite der Partei zu stehen oder ein Verräter zu sein, nimmt die Führung in Beijing in Kauf.¹⁴ Sie wappnet sich mit dem Aufbau von Repressionsorganen und digitaler Kontrolle.

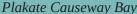
Zum Geheimnis der erfolgreichen Generalstabsplanung gehört dann eben auch, dass alles und jeder erfasst wird, alles und jeder digital kontrolliert wird. So werden aktuell mit einem Zensus die letzten Lücken im System beseitigt. Thomas Heberer und Armin Müller nennen dies in ihrer Studie einen Disziplinierungsstaat, der sich durch die Aufwertung von Moral, Korruptionsbekämpfung, das Social Credit System und ein kontrolliertes Internet auszeichnet.¹⁵ Die Möglichkeiten, sich über das Internet zu informieren werden nahezu vollständig vom Staat bestimmt. Im volldigitalisierten Informationsangebot, Stichwort "digitale Souveränität", der Volksrepublik gibt es keinen Bedarf für "unabhängige" Berichterstattung. Kleine Pflanzen wie Blogger oder Bürgerjournalisten haben jeweils nur für kurze Zeit eine Chance unabhängig zu berichten, bevor sie ihre Plattform isoliert oder sie von staatlichen Stellen an ihre Grenzen erinnert werden. Qua, im Januar 2021 noch einmal verschärften Gesetz ist es dem Staat möglich, gegen jede Form von "Falschinformation" repressiv vorzugehen.

Was das allerdings ist, gehört in den Bereich staatlichen Ermessens und ist kein einklagbares Recht. Die Botschaft lautet: Wer als Bürger den Ball flach hält, kann gut leben, wer sich äußert, lernt das Repressionssystem aus der Nähe kennen.

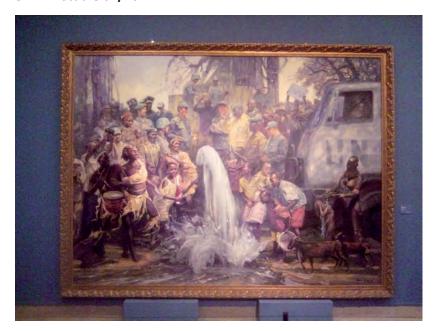
Vermerke in zentralen Registern wie der Steuerkartei können dazu führen, dass die Mobilität einzelner eingeschränkt wird, denn ohne ID-Karte kann man in China kein Bahn- oder Flugticket kaufen oder Verkehrsmittel benutzten.¹⁶ Ein rigoros durchgesetztes Korporationsverbot verhindert jeden Zusammenschluss außerhalb der vorgegebenen, staatlich und parteilich kontrollierten Verbände, was vor allem bei der Durchsetzung von Arbeitsrechten ein Hemmnis darstellt. Noch vor 10 Jahren konnte man in China jeden Tag größere und kleinere Demonstrationen beobachten. Heute sind öffentliche Proteste nahezu zum Erliegen gekommen. Die Stigmatisierung von Dissens stellt keine aktive, konstruktive Bearbeitung von systemimmanenten Widersprüchen dar.

Dabei sind die Chancen zur Teilhabe am Wohlstand extrem ungleich verteilt. So ist z.B. die strukturelle und systematische Benachteiligung von Minderheiten an der Tagesordnung. Ethnische oder religiöse Zusammenschlüsse werden von der Führung als potentiell gefährlich eingestuft und, wo nicht unmittelbar kontrollierbar, massiv unterdrückt. Minderheiten unterliegen auch einer gesonderten Behandlung im Hinblick auf ihre informationelle Selbstbestimmung. Die digitale Erfassung treibt hier besondere Blüten. In Tibet und Xinjiang werden die landesweit eingesetzten Videoüberwachungseinrichtungen exzessiv genutzt, um Konformität zu erzwingen und die Menschen zu kontrollieren.¹⁷ Die regionale Ausgabe von Handynummern ermöglicht es letztlich, ganz gezielt bestimmte Bevölkerungsgruppen z.B. von der Kommunika-









Gemälde aus einer Ausstellung in der Nationalgalerie Chinas Oktober 2019 mit Werken von Künstlern aus der Volksbefreiungsarmee. Viele Bilder der Ausstellung thematisieren Auslandseinsätze der VBA, aber auch Einsätze im inneren Chinas im Rahmen humanitärer Hilfe, oder präsentieren blitzendes Militärgerät, wohingegen reale Kämpfe, bei denen es Tote und Verletze geben könnte ausgespart bleiben.

Foto: IMI

tion mit Mobiltelefonen auszuschließen, denn regionale Handynetze lassen sich abschalten ohne die Kommunikation anderer Bevölkerungsgruppen zu beeinträchtigen.

6) Militärische Präsenz und militärische Drohgebärden gehören auch in der VR China zum außenpolitischen Repertoire. Mit Waffenexporten schafft China die Basis für engere Bindungen zu anderen Ländern – und gleichzeitig auch für Instabilität.

Die VR China nimmt für sich in Anspruch, eine Armee zu unterhalten, die der Größe des Landes angemessen ist ein im internationalen Vergleich zumindest nachvollziehbares Interesse. Und auch hier hat es eine weitreichende Planung gegeben, die eine Aufrüstung und Umwandlung der einstmals größten Armee der Welt zur Folge hatte. Ganz unmittelbar hat China die Zahl seiner Truppen im Laufe der letzten dreißig Jahre auf rund 2,1 Millionen und damit auf die Hälfte der einstigen Mannstärke reduziert. Mit der Bewaffneten Polizei wurde parallel dazu eine nahezu genauso große Truppe aufgebaut, die wie die Armee der Partei untersteht, aber anders als diese im Inneren einsetzbar ist und eingesetzt wird. Die Armee wurde im Zuge dieser Entwicklung wesentlich modernisiert und verfügt heute über längst nicht mehr nur beschränkte Fähigkeiten zur Projektion militärischer Macht. Das schließt auch ein digitales Vorgehen mit ein.

Mit Japan liefert man sich seit Jahren eine Aufrüstungsspirale und auch in Südostasien ist durch das Auftreten chinesischer Flottenverbände eine Rüstungsdynamik entstanden, die viel Energie bindet. Chinesische Truppen sind weltweit im Einsatz und halten die chinesische Fahne als Signal neuer militärischer Potenz hoch. Große Manöver zum Beispiel mit kirgisischen und russischen Truppen sind als Demonstration der Stärke gedacht. Zentralasien ist damit neben dem Südchinesischen Meer der Ort, wo die Volksrepublik auch militärisch massiv in Erscheinung tritt.

China bringt sich zudem auch als Sicherheitsakteur in Regionen in Stellung, um die es noch vor wenigen Jahren einen großen Bogen gemacht hat. So fallen auf chinesischer Seite zunehmend die Hemmungen, auch im Mittleren Osten oder auf dem Balkan aktiv zu werden. 18 Der bisher nur verhaltene wirtschaftliche Schulterschluss mit dem Iran sowie das eher reduzierte Engagement gegenüber der Türkei werden zunehmend auch in China in Frage gestellt. Dabei wird deutlich, dass man sich nicht allein als wirtschaftlicher Akteure in der Region definiert, sondern sich auch in Sicherheitsdiskussionen einzubringen bereit ist. 19

Das militärische Engagement Chinas in Afrika ist bisher noch bescheiden, stellt aber in der innerchinesischen Diskussion eine Besonderheit dar. Mehrheitlich in Blauhelm-Einsätzen und in humanitären Einsätzen gebunden, agieren und inszenieren sich chinesische Soldaten in Afrika als Botschafter eines positiven Militärakteurs, der sich von den "aggressiven" Einsätzen anderer (europäischer) Akteure und den USA abgrenzt. Im innerchinesischen Diskurs befördern sie offiziell ebenfalls das positive Eigenbild einer vornehmlich volksnahen Armee, die Gutes tut (siehe Bild).²⁰

Immer öfter wird das wirtschaftliche Engagement der Volksrepublik von diplomatischen Initiativen begleitet, die auch sicherheitspolitische Komponenten beinhalten. Und wie der Westen zunehmend China als Bedrohung antizipiert, begreift auch die VR den ihr entgegengebrachten Widerstand als Bedrohung ihrer Interessen und Bürger im Ausland. Auch der chinesische Staat glaubt durch Schaffung von Spezialeinheiten den Schutz seiner Bürger im Ausland gewährleisten zu können. Entsprechende Einheiten befinden sich seit ca. 2005 im Aufbau. Wozu sie dann letztlich wirklich eingesetzt werden, steht ebenso in Frage, wie das Einsatzportfolio des deutschen KSK, das man ja einst ebenfalls offiziell u.a. zum Schutz der Bürger im Ausland aufstellte.

China ist dank seiner Truppen und seines wirtschaftlichen Aufstiegs machtbewusst geworden. Die Diplomatie reflektiert dies in Teilen schon: Die Zeiten der Bescheidenheit sind (zum Glück vielleicht auch) vorbei. Der Begriff der Wolf-Warrior Diplomacy macht die Runde und meint einen bissigen chinesischen Diplomaten, der nicht mehr nur lächelt, sondern zurückschnappt. Chinesische Bürger sind überwältigend stolz auf ihre Armee und sehen sie als angemessenes Abbild der Größe ihres Landes und kaum jemand bezweifelt (öffentlich) die Notwendigkeit, weiter Geld in die Armee zu investieren/lenken.

Nischen entstehen

7) Der sektorale und technologische Vorsprung westlicher Konzerne nimmt relational ab. Neue Märkte in Südostasien, in Afrika und auch in Teilen Südamerikas werden zunehmend stärker von den aufstrebenden Staaten erschlossen, deren Industrien teilweise nicht in das "westliche" Wirtschaftssystem integriert sind. Dies wird im "Westen" als "Verlust" von Einfluss empfunden und medial als "handelspolitische Unfairness", mit dem Ziel der (natürlich!) "ungerechten Einflussnahme" dargestellt. Man kann es auch als Entstehen einer Alternative zu dem vom "Westen" geprägten Wirtschaftssystem interpretieren, das für diese Staaten ggf. dadurch attraktiv wirkt, weil es politische Spielräume erlaubt, die westliche Kreditgeber einzuschränken versuchen. Man wird sich auch außerhalb der USA und Chinas seiner "Wahlmöglichkeiten" und seines "Gewichtes" bewusst.

Fakt ist, dass der relative "Machtverlust" westlicher Regelungsfähigkeit aus machtpolitischer Sicht als ein Ergebnis aktiven Politikversagens in Europa und den USA zu sehen ist. Hier sind Nischen entstanden, in die sich chinesisches Wirtschaftsengagement drängt. Damit ist aber nicht nur der verstärkte Export greifbarer Güter gemeint. Vielfach sind dies Leerstellen in regionalen oder internationalen Foren, die von Beijing mit Personal und Geld gefüttert werden. Aktuell lässt sich dies unter anderem an der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beobachten, die, ständig unterfinanziert, mehr und mehr Geld aus Beijing akzeptiert, um funktionieren zu können. Auch die Afrikanische Union ist ein solches Forum, wo Chinas Stimme Gehör findet und auf Beijings Initiativen ein Austausch stattfindet, den man in China als huayuquan (Diskursmacht) bezeichnet.21 Diese Form der bewussten Einflussnahme ergänzt oder ersetzt vielleicht sogar bisherige Vorstellungen von "soft-power", mit denen man Einflussgrößen jenseits unmittelbarer wirtschaftlicher oder militärischer Faktoren zu umschreiben suchte (hard power). China setzt auf diesem Wege eigene Sichtweisen in die weltweiten Diskurse und bringt sich als einen Partner ins Spiel, an den man sich anlehnen kann. War man vorher bemüht, z.B. über die Konfuzius-Institute, Chinas Kultur nach außen zu vermitteln und für Verständnis zu werben, so stehen nun Dialog und offensiver Austausch von Ideen und Erfahrungen im Vordergrund, mit dem China sich als verantwortungsvoller Beistand ins Spiel bringt.²² Dies ist auch deutlich ablesbar an der Form der chinesischen Entwicklungszusammenarbeit, die sich konzeptionell grundlegend von der Offical

Development Assistance (ODA) der OECD-Länder unterscheidet. China bietet hier ganz offensiv eine Alternative zu einer als politische und wirtschaftliche Gängelung empfunden "Hilfe" aus dem Westen.²³

8) Autoritäre Regierungsstrukturen gewinnen durch die Konkurrenz der großen Blöcke China, Europa, USA, Russland, ... insgesamt an Gewicht. Auch im Kleinen heißt es weltweit: Ich kann einen Deal machen! - der Mir und meiner Klientel nützt.

Und damit gewinnen fast zwangsläufig auch geopolitische Überlegungen. Territorien, Abgrenzungen und Machträume an Konjunktur. Die aufstrebende Systemkonkurrenz lässt es für den ein oder anderen Staat und Staatslenker lukrativ erscheinen, sich an einen Block anzulehnen und Vorteile aus der Nähe zu dieser oder jener "Macht" zu ziehen – auch wenn damit in erster Linie neue Abgrenzungen entstehen und neue Konflikte zutage treten. Sichtbar wird dies z.B. in Armenien, Aserbaidschan, aber auch in Osteuropa als Gewicht gegenüber der EU²⁴, etc.

Hier wird auch deutlich, dass die Konkurrenz der Großen sich auch kontraproduktiv auf das Verhalten der übrigen Staaten auswirken kann: Kooperation wird dann zusehends verweigert, wenn ggf. Veto und Sturheit ausreichen, ans Ziel zu kommen.

Fazit: Krise/Corona beschleunigt Teilsysteme des Gesagten

Eine Krisensituation wie die derzeitige Pandemie gibt der Exekutive Gelegenheit zu beweisen, was sie kann. Sie bietet Raum, sich positiv (oder negativ) in Szene zu setzen. So zeitigte die Dysfunktionalität der US-Administration unter Donald Trump im Umgang mit der Pandemie eine weitere Verschlechterung des Images der USA in der Welt. Der Selbstbezug der EU-Mitgliedsländer und ihre zur Schau getragenen Egoismen werden außerhalb der EU ebenfalls nicht als Stärke und Vorteil wahrgenommen. Unter anderem ist hier die VR China in eine Bresche gesprungen, die andere hinterlassen haben. Sei es nun, dass die VR großzügig medizinisches Material und Personal²⁵ ausgesandt hat, um überall dort zu helfen, wo sich ein Bedarf abzeichnete (und man diese Hilfe auch inszenieren konnte), oder auch, dass sie Foren geboten hat, sich auszutauschen.

Die Pandemie hat zudem aufgezeigt, wie "verletzlich" Globalisierung macht, wie wichtig Lieferketten und Ressourcensicherheit geworden sind: Pandemien, oh Wunder, können fatale Kettenreaktionen auslösen. Weltweit denkt man nun offen über Aspekte einer De-Globalisierung oder einem "Decoupling" nach. In Deutschland und Europa will man wieder "Kapazitäten" schaffen, die eine "Absicherung" mit lebensnotwendigen Dingen ermöglichen (mit staatlicher Unterstützung). In den USA erhält die Spirale des Protektionismus einen weiteren Spin und auch in China denkt man in diese Richtung. Ebenso wie in den USA ist dies aber keine wirklich neue Denkfigur in der Volksrepublik. Durch eine konsequente Politik des

10 IMI-Studie 02/2021

Technologietransfers versucht man seit vierzig Jahren, eine größere Unabhängigkeit von technologischen Importen zu erreichen. Dies geschah und geschieht nicht allein durch einen erzwungenen Technologietransfer im Rahmen chinesisch-ausländischer Firmenkooperationen oder Aufkäufen ausländischer Unternehmen, sondern auch durch aktive (Industrie-)Spionagetätigkeit. Das ist nicht nur eine Antwort auf einen "unfairen Westen" – eine nachvollziehbare Reaktion auf Abschottungsmechanismen –, dies folgt schon seit längerem einer klaren Strategie, sich dem technologischen und Regel-Würgegriff des Westens zu entwinden.

Der neue Slogan aus Beijing lautet nun "Dualer Kreislauf" und bezieht sich darauf, die Abhängigkeit von Importen abzumildern und einen "inneren" Kreislauf von Waren und Technologien in China aufzubauen, der durch einen "externen" auf Im- und Export aufbauenden Kreislauf gestützt und angetrieben wird.²6 Und selbst wenn diese neue Idee noch etwas diffus vorgetragen wird, ist doch erkennbar, dass der gewachsene Binnenmarkt Chinas auch mit Produkten bespielt werden soll, die ihren Ursprung im besten Fall in der VR selbst haben: Buy Chinese.

Protest in China – Hongkong

Die hier abgebildeten Fotos und Plakate sind im November 2019 aufgenommen worden. Hongkong gehört als Sonderverwaltungszone zur Volksrepublik China seit Großbritannien 1997 seine Pachtfläche (die "New Territories") nach Ablauf des Vertrages zurückgeben musste. Die ehemalige Kronkolonie (Hongkong und Kowloon) wäre ohne diese Gebiete nicht überlebensfähig gewesen, weshalb sie, unter der vertraglichen Auflage das politische und gesellschaftliche System für 50 Jahre zu erhalten, ebenfalls an die VR übertragen wurde.

Hongkongs Jugend fürchtet um seine Zukunft, die Redefreiheit und die Lebensart, die die Stadt bisher kennzeichnet. Es ist ein ungleicher Kampf, denn die ökonomische und militärische Übermacht Chinas ist erdrückend und der anfänglich nur beiläufige Prozess des Systemangleichs hat in den letzten Jahren rasant an Fahrt aufgenommen. Hongkongs etablierten Unternehmern ist der Abbau von Freiheitsrechten und die weitere Reduktion der ohnedies reduzierten Selbst- und Mitbestimmung weitgehend egal – wer viel Geld hat, hat sich schon für die Zeit nach 2047 im Ausland abgesichert. Für junge Hongkonger die ohne große Einkommen in eine unsichere Zukunft steuern, ist dies aber keine Option. Ihr Protest hat im Laufe der Jahre und insbesondere des Jahres 2019 an Radikalität zugenommen, da das politische Establishment in herrschaftlicher Arroganz jede andere Form von Dissens ignoriert. Es waren in Teilen gewalttätige Kämpfe, aber auch große friedliche Massendemonstrationen. Nicht wenige der Hongkonger Demonstranten begreifen ihren Protest auch als ein Signal

an die Bürger der VR China, sich gegen die Bevormundung durch die Kommunistische Partei zu behaupten.

2021 ist der Protest vollends kriminalisiert und jede noch so kleine Demonstration wird mit aller Härte unterdrückt. Die Pandemie und ihre beherrschende Stellung in der Berichterstattung wird aktiv genutzt, um nahezu unbemerkt den Vertrag von 1997 zu brechen – es ist absehbar, dass sich Hongkong schon in wenigen Jahren nicht mehr von der Volksrepublik unterscheiden wird.



Plakat Causeway Bay

Fußnoten

- Der Begriff des Indo-Pazifik ist durchaus umstritten und stellt in sich bereits eine Annäherung an den im Rahmen des Pivot To Asia der USA geprägten Diskurses dar. Er hat in der deutschen Debatte überhaupt erst mit den "Leitlinien zum Indo-Pazifik an Konjunktur gewonnen. Bundesregierung (Auswärtiges Amt), Leitlinien zum Indo-Pazifik, Deutschland – Europa – Asien, Das 21. Jahrhundert gemeinsam gestalten, Berlin, August 2020.
- Nadine Godehardt, Wie China Weltpolitik formt, Die Logik von Pekings Außenpolitik unter Xi Jinping, SWP-Studie 19, Oktober 2020, S. 3.
- Ebenda, S. 7.
- Wolfram Elsner, Das chinesische Jahrhundert, Frankfurt
- z.B. Ingar Solty, Der kommende Krieg, Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen, Rosa Luxemburg Stiftung Analysen Nr. 61, Berlin, Juni 2020.
- Ein Beispiel der jüngsten Zeit ist Prof. Mechthild Leutner, die beim Versuch wissenschaftliche Neutralität zu bewahren, Aussagen zur Menschenrechtslage in China trifft, die sich nur schwer mit einer erlebbaren Realität in China in Einklang bringen lassen: Anhörung im Menschenrechtsausschuss des Bundestages zur Lage der Menschenrechte in China vom 18.11.2020.
- Unter anderem wird beklagt, dass China in seiner Kommunikation wenig offen ist, wohingegen sich die "Offenheit Europas" als Problem erweist und Staatführer dazu tendieren, sich eher den chinesischen Vorgaben anzupassen, als auf europäischen Werten zu bestehen und an europäischen Normen festzuhalten. Eine umfangreichere Diskussion z.B. bei Benner/Gaspers/Ohlberg/Poggetti/ Shi-Kupfer, Authoritarian Advance, Responding to China's Growing Political Influence in Europa, Global Poblic Policy Institut/Mercator Institute of China Studies, Report, Februar 2018.
- Financial Times 17.1.2017, Anderlini/Feng/Mitchel, Xi Jinping delivers robust defence of globalization at Davos (link).
- Die Zahl entstammt den Beschlüssen des Parteitages von 2017 – bis 2049, dem 100. Geburtstag der VR, will man mit den USA aufgeschlossen haben und eine Weltmacht sein und überdies eine Spitzenfußballmannschaft, die sich Hoffnungen auf den Weltmeistertitel machen kann – siehe hierzu: Thomas Heberer/Armin Müller, Entwicklungsstaat China, Studie im Auftrag der Friedrich Ebert-Stiftung, März 2020, S. 5.
- 10 Hanns Günther Hilpert (SWP) im Interview mit der Tagesschau vom 18.11.2020.
- 11 Dabei, so sollte hinzugefügt werden, ist dieser Kurs nicht unumstritten - gerade die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung durch Xi Jinping ist eher in die Richtung einer "Schwäche" zu interpretieren, als in die Richtung einer umfassenden Stärke.
- 12 Xinhua News Agency: Commentary: China's poverty alleviation, a success but not full stop, 26.11.2020 (link). Die Überwindung der Armut bezieht sich auf das Erreichen von 2300 CNY (~294 €) Haushaltseinkommen pro Jahr - im November 2020 wurde bekannt gegeben, dass nun alle bisher als "arm" eingestuften Kreise von der Liste gestrichen wurden.

- 13 Heberer/Müller verweisen auf eine innerchinesische Debatte, die in diesem Punkt kritischer wird – und knüpfen Hoffnungen daran. Ob zit., S. 16.
- 14 Emile Yeoh erweitert diese Idee noch auf so genannte "Überseechinesen", die quasi im Narrativ gefangen sind und von der Führung in Beijing vereinnahmt werden. Er verweist dabei auf das von Joel Westheimer eingeführte Modell eines "autoritären Patriotismus", der Gehorsam und Loyalität einfordert und im Gegensatz zu einem "demokratischen Patriotismus" steht, der durch Widerspruch und Fortentwicklung gekennzeichnet ist. Emile Kok-Kheng Yeoh, Postscript, A Belt, a Road, a Trade War, and a Pandemic: Exploring Global Relations and Governance, in: Contemporary Chinese Political Economy and Strategic Relations: An International Journal, Vol. 6, No. 1 (2020), S. 373-394, S. 376f.
- 15 Heberer/Müller, ob zit., S. 11.
- 16 In China selbst ist von "schwarzen Listen" die Rede, deren Anwendung aber keinen klaren Linien zu gehorchen scheint. Es gibt demnach Regionen oder Provinzen, die keinen nationalen wohl aber regionalen Listen zu folgen scheinen, andere jedoch, die es genau umgekehrt halten. Die daraus resultierende Unsicherheit ist andererseits gewollt, es geht letztlich darum, die Idee der möglichen Kontrolle zu implementieren, um sie als wirksames Instrument der Selbstkontrolle vorzuhalten.
- 17 Ein paar wenige Stichwörter liefert hierfür z.B. die Anhörung im Menschenrechtsausschuss des Bundestages zur Lage der Menschenrechte in China vom 18.11.2020 (Abrufbar über die Mediathek www.bundestag.de). Hinweise geben auch Heberer/Müller, ob zit., S.16.
- 18 Helena Legarda, Engaging in effective geopolitical competition, in: Mikko Huotari, Jan Weidenfeld, Claudia Wessling, Towards a "Principles First Approach" in Europe's China Policy, Merics Paper on China, Nr. 9, 2020, S. 77-84, S. 79f.
- 19 James M. Dorsey/Alessandro Arduino, Subtly, China pressures Gulf states to reduce regional tensions, 18.11.2020 https://mideastsoccer.blogspot.com/2020/11/ subtly-china-pressures-gulf-states-to.html.
- 20 Die populäre Kultur (ebenfalls staatlich gesteuert ist) greift freilich noch andere Muster auf, die ganz wesentlich Analogien zu russischen oder US-amerikanischen Actionfilmen aufzeigen. Hier sind es dann VBA-Einheiten, die gut ausgerüstet die Welt retten oder in kraftvollen Bildern das Muster eines kämpfenden und mordenden Heroen feiern – siehe z.B. "Wolf-Warrior" von 2015.
- 21 Godehardt, ob zit., S. 22f.
- 22 Mit Bezug zu Corona z.B. Godehardt, ob zit., S. 28f.
- 23 Leonie Schiffbauer, Eigennütziger Geber oder Retter in der Not?, Chinas Entwicklungspolitik im Kontext der neuen Seidenstraße, Online-Publikation 12/2020, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2020.
- 24 Siehe z.B. Levente Horváth, The Geopolitical Role of China in the CEE Region, in: Contemporary Chinese Political Economy and Strategic Relations: An International Journal, Vol. 6, No. 2 (2020), S.617-651. Sowie Authoritarian Advance, ob. Zit.
- 25 Eine Zusammenstellung findet sich bei Godehardt, ob zit., S. 30.
- 26 Ausführlicher: European Union, Chamber of Commerce in China, Marcator Institute for China Studies (Hg.), Decoupling, Served Ties and Patchwork Globalisation, Januar 2021.



ANTIMILITARISMUS BRAUCHT ANALYSEN, IMI BRAUCHT EUCH!

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornstadt in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militariserungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten.

Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier: www.imi-online.de/mitglied-werden

JEDE FORM DER UNTERSTÜTZUNG IST SEHR WILLKOMMEN!

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imionline.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist: IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Hechingerstr. 203 72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

